

STADTENTWICKLUNG koopstadt

BETEILIGUNG

Eine Momentaufnahme aus Bremen, Leipzig und Nürnberg



Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau
Stadt Nürnberg, Wirtschaftsreferat

www.koopstadt.de
info@koopstadt.de

Redaktion, Konzept und Layout

Silvia Haas, Stadtplanungsamt Leipzig, Abteilung Stadtentwicklungsplanung
zusammen mit:

Dr. Ralph Baumheier, Dr. Stefan Bege, Ingo Bodenstein, Walter Dennemark, Stefan Heinig,
Eva Herr, Andrea Hilker, Christina Kahl, Michael Lang, Juliana Pantzer, Ruth Rabenberg, Michael Ruf,
Hans-Joachim SchlöBl, Detlef Schobeß, Birgit Seeberger, Eike Sievers, Dr. Arne Sünemann.

Fotos und Abbildungen

Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau (S. 18, 19, 24, 25)
Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt (S. 19, 20, 24, 25)
Stadt Nürnberg, Amt für Geoinformation und Bodenordnung (S. 15, 20)
Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadtentwicklung (S. 20, 26, 27)
Stadt Nürnberg, Umweltamt (S. 21)
StadtLabor (S. 13)
Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Pressestelle (S. 17, 22, 23)
Waldemar Quella, Bremen (S. 11)
PHOTOGRAPIEDEPOT Frank-Heinrich Müller (S. 4,5)
Michael Ihle, Bremen (S. 11, 16)
Geschichte für Alle e.V. (S. 21, 22)
Büro für urbane Projekte – Andreas Paul (S. 10)

»koopstadt – Stadtentwicklung Bremen, Leipzig, Nürnberg«
ist ein Pilotprojekt im Rahmen der »Nationalen Stadtentwicklungspolitik«
des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Im Text verwendete generische Maskulina beziehen sich grundsätzlich auf
männliche und weibliche Personen.

Dezember 2011

VORWORT

Die aktive Gestaltung einer Stadt als gemeinsame Aufgabe zu begreifen, die es zusammen mit allen Akteuren und Bürgern anzugehen gilt, ist Notwendigkeit und Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Stadtentwicklung. Mit der formalen Aufnahme der erweiterten Beteiligung in das Städtebaurecht Anfang der 70er Jahre und den im Laufe der Jahre entwickelten Instrumenten sind zunehmend Möglichkeiten der Beteiligung und Mitwirkung gesetzlich verankert worden.

Erfolgreiche Beteiligung erfordert jedoch weit mehr – und zwar ein kommunikatives Planungsverständnis der Verantwortlichen. Planer, Verwaltung, Betroffene und Bürger müssen ihr Wissen und ihre Erfahrung zielführend für die Gemeinschaftsaufgabe der Stadtentwicklung einbringen. Aktuelle und zukünftige Aufgaben können nur gemeinsam gelöst werden und verlangen oftmals eine Beteiligung über das vorgegebene Maß hinaus. Planungsprozesse werden zunehmend komplexer und oftmals auch konfliktreicher.

Die veränderten Anforderungen und Rahmenbedingungen erfordern immer wieder neue, innovative Methoden bei der Beteiligung von Bürgern. Bürgerbegehren und -initiativen machen deutlich, dass es nicht immer gelingt, das veränderte Planungsverständnis auch zu „leben“. Ein respektierender, wertschätzender Umgang muss dazu die Basis sein, kooperative und innovative Verfahren die Mittel dazu.

Mit dem Gemeinschaftsvorhaben koopstadt haben wir uns auch die Aufgabe gestellt, Stadtentwicklung für alle – Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft, Fachöffentlichkeit und Politik – spannend und verständlich zu vermitteln. Die Gestaltung der Stadt wird als eine Gemeinschaftsaufgabe begriffen, der Bürger als Partner verstanden; „Beteiligung“ ist also ein elementarer Baustein und Voraussetzung für unser Vorhaben.

Mit dem Ziel voneinander und miteinander zu lernen und die Erfahrungen auch mit anderen Städten und Akteuren zu teilen, ist diese Broschüre zu erfolgreichen Ansätzen von Beteiligungsverfahren in Bremen, Leipzig und Nürnberg entstanden. Wir möchten alltagstaugliche Strategien weitergeben die unterschiedliche Stadträume berücksichtigen und mit verschiedenen Akteurskonstellationen arbeiten. Die vorgestellten Beispiele sind erprobte Produkte der Beteiligungskultur in den drei Städten. Mit der Darstellung der neun unterschiedlichen Verfahren möchten wir einen Beitrag leisten, um Standards guter Kommunikation herauszufinden und diese in den Alltag zu transportieren. Dabei werden nicht zuletzt Ansprüche an Informations- und Beteiligungsverfahren herausgefiltert, die wichtige Anregungen für eine erfolgreiche Umsetzung in der Praxis liefern sollen.



Franz-Josef Höing
Senatsbaudirektor der Freien
Hansestadt Bremen

Dr. Michael Fraas
Berufsmäßiger Stadtrat und
Wirtschaftsreferent der Stadt
Nürnberg

Martin zur Nedden
Bürgermeister und Beigeordneter
für Stadtentwicklung und Bau,
Leipzig

INHALT

- 1 Vorwort
- 4 koopstadt in Bremen, Leipzig und Nürnberg
- 6 Zur Lage: Alltag gefragt
Prof. Klaus Selle
- 9 Neun ausgewählte Beteiligungsprojekte in den koopstädten
- 10 Beteiligung auf Stadtebene
 - 1) Komm mit nach Morgen! – Neues Leitbild für Bremen
BREMEN
 - 2) Leipzig 2020 – Diskussionsreihe zur Stadtentwicklung
LEIPZIG
 - 3) Mobile Bürgerversammlung – Stadtpolitik im Dialog
NÜRNBERG
- 16 Beteiligung auf Stadtteilebene
 - 4) Jetzt wird`s räumlich konkret – Perspektiven in der Stadt zwischen Goldschlag und Straßenbahnkino
BREMEN
 - 5) Forum Grünau – Plattform für Beteiligung im Leipziger Westen
LEIPZIG
 - 6) Stadtentwicklung auf dem Weg – Vom Mittelalter bis zum neuen Hauptmarkt
NÜRNBERG
- 22 Beteiligung auf Projektebene
 - 7) Neues Hulsberg Viertel – Erarbeitung eines Rahmenplans: Bürgerbeteiligung für ein neues Quartier in Bremen
BREMEN
 - 8) Die Josephstraße – Leipziger Bürger gestalten ihr Quartier
LEIPZIG
 - 9) Kunst Nordost 2011 – Der Weg zum Glück: ein Projekt mit Bürgerbeteiligung im Stadtteil Nordostbahnhof
NÜRNBERG
- 28 Drei Städte – Neun Projekte!

koopstadt in Bremen, Leipzig und Nürnberg

Was ist koopstadt?



koopstadt ist ein Gemeinschaftsvorhaben der drei Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Kern des Vorhabens sind Austausch und Kommunikation zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung.

- > **Die drei Städte interpretieren ihre Rolle und Perspektive** als Kernstädte europäischer Metropolregionen und im Zusammenhang ihrer jeweiligen Stadtregion aus ihren jeweiligen strukturellen und soziodemographischen Rahmenbedingungen heraus.
- > **Sie praktizieren Integration** als fachübergreifenden konzeptionellen und räumlichen stadtentwicklungsplanerischen Ansatz. Sie verstehen Integration zugleich als Angebot einer kooperativen und partnerschaftlichen Kommune an ihre Bürger. Sie suchen Kooperation mit ihren Nachbarn.
- > **Sie kultivieren strategische Projekte** als Lernfeld, Medium und Zielrichtung einer integrierten und integrativen Stadtentwicklung, die sie als Anschauungsbeispiel kommunizieren.

Diesem Anspruch folgt das Gemeinschaftsvorhaben koopstadt mit seinen Themenfeldern, Projektfamilien und Schlüsselprojekten, die jeweils in eine integrierte Stadtentwicklungsplanung und Umsetzungsstrategie von Bremen, Leipzig und Nürnberg eingebettet sind.

Die Ansätze und Wege sind verschieden. Das Ziel ist identisch. Die drei Städtepartner tauschen ihre methodischen Erfahrungen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik aus. Sie wollen voneinander und miteinander lernen und die Erkenntnisse auch mit anderen Städten und Akteuren teilen.

Wer macht mit bei koopstadt?



In sogenannten Projektfamilien mit einem besonderen thematischen Fokus, die den Themenfeldern

- > Urbane Lebensqualität, ökologischer Wandel und sozialer Zusammenhalt
- > Ökonomische Innovation, kreative Milieus und Beteiligung
- > Regionale Kooperation, räumliche Vernetzung und neue Aktionsräume

zugeordnet sind, kommen Vertreter aus den Verwaltungen sowie externe Partner der drei Städte einmal jährlich zusammen. Sie tauschen ihre Erfahrungen vor allem direkt im Rahmen von zweitägigen Workshops aus. Im Zeitraum 2009 bis 2012 sind die Projektfamilien jedes Jahr in einer anderen Partnerstadt zu Gast.

Darüber hinaus beraten die für Stadtentwicklung zuständigen Verwaltungsbereiche aus den drei Städten in der koopstadt-Gruppe über relevante Planungsinstrumente und bringen spezifische Erkenntnisse ihrer jeweiligen Stadtentwicklung in das Vorhaben ein.

Die intensiv vor- und nachbereiteten Veranstaltungen – auf externem Terrain und mit viel Freiraum für Gespräche – wirken als Treibriemen der Prozesse. Die Impulse, Ideenkonkurrenzen und das gemeinsame Anliegen bei der Verständigung zu zentralen Positionen und methodischen Aspekten erlangen einen besonderen Wert im Rahmen des Kooperationsvorhabens. Fachexperten und Projektakteure zu Gast zu haben oder zu besuchen erzeugt einen Reflektionsimpuls, Erkenntnissschub und besonderen Lerneffekt.



koopstadt möchte die Bandbreite stadtentwicklungsplanerischer Themen und Prozesse einer breiten Öffentlichkeit nahe bringen. koopstadt ist dabei auf zwei Ebenen angelegt. Die Praxis der Stadtentwicklung wird anhand von konkreten Projekten ausprobiert, dargestellt und vermittelt. Leistungsfähige, effiziente und innovative Methoden, Instrumente und Verwaltungspraktiken werden herausgearbeitet.

Ökonomische Innovation, kreative Milieus und Beteiligung	Transformationsstandorte als Teil der Stadt	Kreative Raumeroberung	
		Raum für Kultur und Kreativwirtschaft (Entrepreneure)	Zwischennutzung als Normalfall der Stadtentwicklung
Regionale Kooperation, räumliche Vernetzung und neue Aktionsräume	Stadt ist Region / Region ist Stadt	Wasser-Region	
Urbane Lebensqualität, ökologischer Wandel und sozialer Zusammenhalt	Bildung im Quartier	Stärkung der Innenstadt	Klimagerechte und ökologische Stadtentwicklung

Welche Ziele hat koopstadt?



Stadtentwicklung als eine für viele Menschen sehr komplexe Thematik an verschiedene Zielgruppen der Stadtgesellschaft zu vermitteln, erfordert vielschichtige Kommunikationsstrategien. Mit eigenständigen, auf die jeweilige Stadt zugeschnittenen Kommunikationsangeboten werden daher verschiedenste Formate erprobt. Der Austausch über Vorgehensweisen, Erfolge aber auch Fehler ermöglicht eine gezielte „Nachahmung“.

koopstadt steht für konzeptionelles Arbeiten und eine ressortübergreifende Steuerung. Neue Kommunikationsformate werden erprobt, Maßnahmen und Projekte einer integrierten Stadtentwicklung von drei Halbmillionenstädten umgesetzt. koopstadt reflektiert die Erfahrungen, arbeitet die Erkenntnisse auf und macht sie für die eigenen Prozesse, den Austausch untereinander sowie für andere Städte nutzbar.

Die Dramaturgie des Kooperationsvorhabens ist so angelegt, dass im Jahr 2012 eine Bilanz gezogen und die Meilensteine bis 2015 präzisiert werden. Die bis dahin sichtbaren Ergebnisse des Vorhabens und die im Prozess gewonnenen Erkenntnisse sollen 2012 in einer überregionalen Veranstaltung und Aktion präsentiert werden.

Zugleich werden die Zielstellungen präzisiert für den Zeitraum 2012 bis 2015, in dem die Projekte weitgehend umgesetzt, verstetigt und schließlich im Jahre 2015 präsentiert werden. Weitere Informationen zum Vorhaben finden Sie auf www.koopstadt.de.

Wie geht es weiter bei koopstadt?

Zur Lage: Alltag gefragt

Wer heute über Bürgerbeteiligung redet – spricht bald von Stuttgart. Dabei ist der Streit um die Inhalte des Projekts, um das Für und Wider des Bahnhofsumbaus und der großräumigen Neuordnungen des Schienenverkehrs, um die Chancen für die Stadtentwicklung oder um die mit alledem verbundenen Kosten nur die eine Seite der Debatte. Mindestens ebenso häufig werden auch Fragen nach politischen und planerischen Prozessen, nach Möglichkeiten oder Grenzen von Dialog und Teilhabe und letztlich nach der Zukunft lokaler politischer Kultur gestellt. Dabei wird dann oft betont, die Konflikte um dieses Projekt machten deutlich, dass »neue Formen der Bürgerbeteiligung« benötigt würden und praktiziert werden müssten.

Alle, die die kommunale Praxis schon etwas länger kennen, wissen, dass das gleich in mehrfacher Hinsicht zu kurz gesprungen ist: Zum einen muss man festhalten, dass der Stuttgarter Prozess anders verlaufen wäre, wenn man bei Bahn, Bund, Land und Stadt schon vor 15 Jahren damit begonnen hätte, elementare Anforderungen an transparente und inhaltlich offene Planungsprozesse zu praktizieren. Das verweist zum anderen darauf, dass die Praxis quer durch die Republik nicht durch Kollisionen nach Stuttgarter Art geprägt ist, sondern vielfach und erfolgreich Bürger-Beteiligung praktiziert wurde und wird – durchaus auch in Fällen mit hohen Konfliktpotenzialen. Damit soll zunächst zum Ausdruck gebracht werden: Man muss keine »neuen Verfahren« erfinden. Der Methodenkoffer ist vielmehr prall gefüllt. Es kommt in erster Linie darauf an, die einfachen Grundsätze fairer und transparenter Erörterungen ernst zu nehmen und konsequent zu praktizieren.

Damit aber, das ist die andere Seite der Medaille, ist es nicht zum Besten bestellt. Die auch in jüngster Zeit immer wieder zu hörenden programmatischen Bekenntnisse zur Partizipation standen und stehen leider vielfach noch in einem befremdlichen Kontrast zum tatsächlichen Umgang der Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern: Es gibt sie eben doch noch, die alte Sicht auf »den Bürger als Störenfried« – für den jetzt gar noch ein neues Wort geprägt wurde: Der »Wutbürger«.

Angesichts dieser unsäglichen Wortprägung fällt einem nur die Alltagswahrheit ein, dass, wer mit einem Finger auf andere zeigt, mit mindestens drei Fingern auf sich zurück verweist. In diesem Fall heißt das: der auf die Bürgerinnen und Bürger gerichtete Finger kann eben doch nicht von der eigentlichen Ursache vieler Konflikte ablenken – der eklatanten Beteiligungs-unlust vieler Projektbetreiber, mancher Großverwaltungen und nicht geringer Teile der politischen Klasse.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache, die den Begriff »Wutbürger« im Dezember des letzten Jahres auf Platz Eins ihrer jährlichen Liste der »Worte des Jahres« setzte, wird da schon deutlicher: Dieses Wort stehe, so heißt es in der Begründung der Wahl, für die Empörung in der Bevölkerung, »dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden«.

Wessen fachliches Gedächtnis bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts zurückreicht, den lässt hier ein erstaunlicher Gleichklang aufhorchen. Denn ganz Ähnliches stand in der Begründung zur Einführung erweiterter Beteiligung in das damalige Städtebaurecht. Auch damals wurde versprochen, dass die Bürgerinnen und Bürger »die Gewissheit« haben müssten, »dass sich die bauliche Gemeindeentwicklung nicht über sie hinweg gleichsam von Amts wegen vollzieht«.

Vierzig Jahre alt ist dieses Versprechen – und vielfach (weit über Stuttgart hinaus) noch immer nicht eingelöst.

Aber selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Positivbeispiele. Es gibt sinnvolle Beteiligungsprozesse, deren Ergebnisse Eingang finden in Entscheidungen der Politik und das Handeln der Verwaltung, auf Dialog bzw. komplexe Kommunikation ausgerichtete Planungsprozesse, intensive Engagementförderung und eine entwickelte Anerkennungskultur, erfolgreiche Kooperationen in wichtigen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung.

Leider aber bleiben viele dieser Beispiele allzu oft Sonderfälle mit begrenzter Reichweite. Sie sind zeitliche, räumliche, sachliche, institutionelle bzw. personelle »Inseln« im stadtentwicklungspolitischen Alltag. Und so erleben viele Bürgerinnen und Bürger die Wirklichkeit der Teilhabe an Stadtentwicklungsprozessen extrem widersprüchlich:

- > Hier werden sie umworben – wie etwa im jüngsten Projektauftrag zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik: »Bürgerbeteiligung soll ... die in der Bürgerschaft vorhandenen Ressourcen für eine qualitätvolle Planung nutzbar machen. Sie ist so weit mehr als nur eine Konfliktbewältigungsstrategie oder Instrument einer reibungslosen und effizienten Planung der Verwaltung. Das Wissen der Bürger als Experten des Alltags für ihr Lebensumfeld, ihre detaillierte Ortskenntnis, ihre Kreativität oder ihre individuellen Interessen bilden ein großes Potenzial für die zukunftsfähige Gestaltung und Entwicklung von Städten und Regionen«.
- > Dort erhalten sie die Möglichkeit, an einem der vielen Beteiligungsverfahren zu Planungen der Stadt – ob routiniert beim xten Bebauungsplan, mit besonderem Aufwand beim Stadtteilentwicklungskonzept oder in einem langen, stark auf lokales Engagement gegründeten Prozess zur Stabilisierung eines Quartiers der Sozialen Stadt – mitzuwirken.
- > Und zugleich kann es geschehen, dass sie aus der Zeitung erfahren, wie wichtige Schlüsselgrundstücke mit weit reichenden Zusagen an die Investoren nach nur knapper Befassung durch das Parlament aber ohne jede weitere öffentliche Diskussion vergeben wurden oder..., oder.... Wenn dann gegen diese oder andere Maßnahmen, die erst nachdem alles entschieden war das Licht der Öffentlichkeit erblickten, Widerstand laut wird, müssen sie sich dann womöglich noch von der Politik als »Wutbürger« abstempeln lassen.

So widersprüchlich ist die Wirklichkeit. Das aber ist für die Weiterentwicklung der Beteiligungskultur kontraproduktiv, denn Bürgerengagement ist nur ganz oder gar nicht zu haben. Man kann es nicht nach Wunsch ein- oder abschalten. Wer diesen einfachen Grund Sachverhalt ignoriert, darf sich nicht wundern, wenn auch gut gemeinte und kompetent konzipierte Teilhabeangebote auf wenig Gegenliebe stoßen. Das einfache Gegenmittel: Verlässlichkeit – denn Kommunikation gelingt dann am besten, wenn sie auf positive Vorerfahrungen aufbauen kann. Eine solche Partizipationskultur lässt sich nicht per Beschluss herstellen. Sie muss – aus vielen kleinen Beispielen und Erfahrungen gespeist – wachsen und gedeihen können. Daraus folgt: Zukünftige Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, dass elementare Anforderungen an bürgerorientiertes Handeln der Kommunen auf breiter Basis alltäglich erfüllt werden. Nicht neue Verfahren sind also zu erfinden oder spektakuläre Beteiligungs-events zu inszenieren, sondern Standards guter Kommunikation in der Breite der Stadtentwicklungsaufgaben durchzusetzen. Kurzum: Von der Ausnahme zur Regel, von der Sonntagsrede zur Alltagswirklichkeit.

Gerade hier setzt das Arbeitsprinzip von koopstadt an: Es gilt Erfahrungen auszutauschen – und zwar unter denen, die sie alltäglich machen. Das ist ja eines der Defizite, die aus der »Verinselung« guter Praxis resultieren: Man weiß viel zu wenig voneinander und lässt so viel Wissen um Voraussetzungen und Wirkungen guter Prozesse – und ihrer Übertragbarkeit in den Alltag – ungenutzt. Ein Netzwerk wie koopstadt kann diese Kommunikationsdefizite ausgleichen. Beispielsammlungen wie die vorliegende sind dazu ein Mittel. Aber sie bedürfen der Ergänzung durch Gespräch und Erörterung. Denn mindestens so wichtig wie die Mitteilung von guten Erfahrungen sind die Gespräche über Stolpersteine, Widerstände und Frustrationen – verbunden mit der Frage, wie man sie überwindet. Denn auch das ist eine Erfahrung aus den letzten vier Jahrzehnten: An Dokumentationen von »Best Practice« mangelt es nicht, aber die Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen finden hier vielfach ihre Wirklichkeiten nicht wieder.

Mehr Alltag ist also gefragt. In dem geschützten Raum eines funktionierenden Netzwerkes kann das gelingen. Aus diesem Erfahrungsaustausch »Peer-to-Peer« lassen sich dann womöglich Folgerungen für eine alltagstaugliche Strategie hin zur bürgerorientierten Kommune entwickeln. Allen, die auf diesem zweifellos steinigen Weg weiter gehen, sei ausreichend langer Atem gewünscht.

Klaus Selle



Klaus Selle ist Professor an der RWTH Aachen, Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung. Er befasst sich seit vielen Jahren mit dem Thema »Teilhabe an der Stadtentwicklung« und wirkt aktiv mit an der kommunikativen Gestaltung von Planungsprozessen in Städten und Gemeinden.

Neun ausgewählte Beteiligungsprojekte in den koopstädten

BETEILIGUNG AUF STADTEBENE

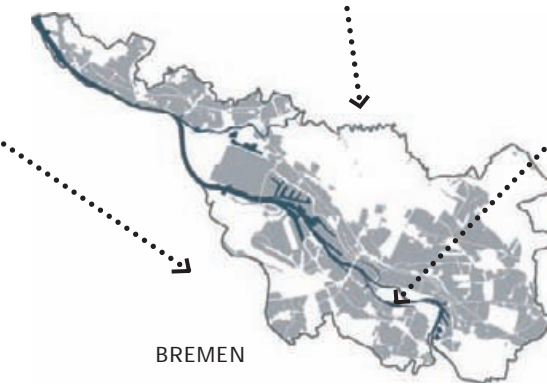
Komm mit nach Morgen" – Neues Leitbild für Bremen

BETEILIGUNG AUF STADTTEILEBENE

Jetzt wird's räumlich konkret – Perspektiven zwischen Gold! schglas und Straßenbahnkino

BETEILIGUNG AUF PROJEKTEBENE

Neues Hulsberg Viertel – Erarbeitung eines Rahmenplans: Beteiligung für ein neues Quartier



BREMEN

Leipzig 2020 – Diskussionsreihe zur Stadtentwicklung

Forum Grünau – Plattform für Beteiligung im Leipziger Westen

Die Josephstraße – Leipziger Bürger gestalten Ihr Quartier

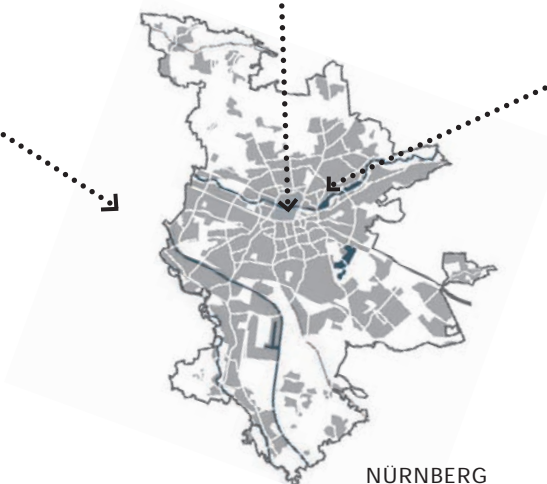


LEIPZIG

Mobile Bürgerversammlung – Stadtpolitik im Dialog

Stadtentwicklung auf dem Weg – Vom Mittelalter bis zum neuen Hauptmarkt

Kunst Nordost 2011 – Der Weg zum Glück: ein Projekt im Stadtteil Nordostbahnhof



NÜRNBERG

ZIELE



Bremen macht sich auf den Weg: Mit dem neuen Leitbild 2020 soll die Stadtentwicklung für die Herausforderungen der Zukunft fit gemacht werden. Der Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat alle Akteure eingeladen, an der Vision für Bremen mitzuwirken:

- ▶ die Bürger der Hansestadt Bremen,
- ▶ Bremer Experten aus allen relevanten Bereichen wie zum Beispiel Bau, Städtebau, Ökologie, Ökonomie, Kultur, Bildung und Soziales und
- ▶ die Senatsressorts der Verwaltung.

Unter dem Motto »Du bist Bremen – gestalte mit!« hat Bremen den Leitbildprozess innerhalb eines knappen Jahres durchgeführt. Auf Plakaten, Postkarten, Zeitungsbeilagen und im Internet informierten Hahn, Katze, Hund und Esel über den stadtweiten Prozess: Die Bremer Stadtmusikanten wurden kreativ und provokant als Sympathieträger in einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne eingesetzt.



ABLAUF UND BETEILIGTE

Der öffentliche Dialog startet:

Rund 300 Teilnehmer besuchen die Auftaktveranstaltung im Bremer Rathaus, erste Ideen und Anregungen werden gesammelt.

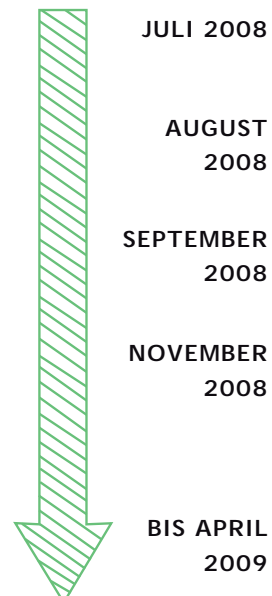
Thematische Bündelung in Form von Workshops (jeweils bis zu 100 Teilnehmer) mit Voranmeldung.

Große Zwischenbilanz im Haus der Bremischen Bürgerschaft (mehr als 200 Teilnehmer).

Kleinere Workshops mit jeweils rund 20–50 Personen zu einzelnen Vertiefungsaspekten. Wichtige Akteure und Experten aus den jeweiligen Themenfeldern wurden gezielt eingeladen.

Auswertung der Ergebnisse durch den MONITORING-BEIRAT und die interne, ressortübergreifende STEUERUNGSRUNDE.

Bei allen öffentlichen Veranstaltungen gab es eine erfreulich breite Mischung der Teilnehmer: interessierte Bürger ebenso wie Vertreter der Verwaltung, der freien Wirtschaft sowie von Institutionen und Verbänden.



STEUERUNGSRUNDE: Für die übergeordnete Steuerung und inhaltliche Begleitung war eine ressortübergreifende Runde mit Vertretern aus allen stadtentwicklungsbezogenen Ressorts zuständig.

MONITORING-BEIRAT: Zusätzliche Unterstützung bei den Veranstaltungen und der Auswertung durch sechs externe Experten (Christiane Thalgott, Heidi Sinning, Martin zur Nedden, Dieter Läßle, Peter Kruse, Dieter Hoffmann-Axthelm).

Interne und öffentliche Beteiligung zur Zukunft von Bremens Stadtentwicklung liefen Hand in Hand. Die Arbeit in den Senatsressorts fand parallel zur öffentlichen Beteiligung statt. Der Zeitplan war auf das gemeinsame Erarbeiten ausgerichtet.



MAI 2009



Das neue Leitbild der Stadtentwicklung wird vom Senat als gemeinsamer Orientierungsrahmen der Stadtentwicklung bis 2020 beschlossen und im Juni 2009 der Öffentlichkeit präsentiert.

ERGEBNISSE



Das Leitbild formuliert seine Aussagen auf drei verschiedenen Ebenen:

- einer generellen Vision für das Bremen des Jahres 2020,
- insgesamt acht integrativen Handlungsfeldern, die den Weg dorthin skizzieren und schließlich
- 30 sehr konkrete und messbare Ziele, die Bremen bis 2020 erreichen will.

Auf dieser Grundlage werden die integrativen Handlungsfelder des Leitbildes weiter mit Leben gefüllt. Auch bei der Ausarbeitung konkreter Konzepte und Projekte kommt der im Leitbild-Prozess eingeübten breiten und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sehr große Bedeutung zu.

Mit den umfangreichen Beteiligungsverfahren des Prozesses ist eine neue Art der Kommunikation zur Stadtentwicklung etabliert worden. Komplexe (Planungs)Themen werden einer breiten Leserschaft über verschiedene Produkte bis hin zu Zeitungsbeilagen verständlich, spannend und unterhaltsam vermittelt. Insbesondere sollen auch die mit der Leitbild-Erarbeitung erprobten neuen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung mehr und mehr zum Standardrepertoire der Stadtentwicklung und Stadtplanung werden.

KONTAKT:

Name: Dr. Ralph Baumheier
 Institution: Senatskanzlei Bremen
 E-Mail: ralph.baumheier@sk.bremen.de

ZIELE

Stadtentwicklung macht Schule: In einer 7-teiligen Veranstaltungsreihe wurde Ende 2007 erstmals die Plattform der Volkshochschule (VHS) genutzt und aktuelle Planungen aus verschiedenen Bereichen der Stadtentwicklung einem breiten Publikum nahegebracht. Anlass zur ersten Volkshochschulreihe war die Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes – kurz SEKo genannt – in den Jahren 2007 bis 2008.



**LEIPZIG
2020**
Integriertes
Stadtentwicklungskonzept (SEKo)

Das SEKo basiert auf stadtweiten und teils räumlichen Analysen der sozialen und demographischen Entwicklung der Stadt insgesamt und ihrer 63 Ortsteile. Darauf aufbauend sind Fachkonzepte für alle wesentlichen Themen der Stadtentwicklung wie Wohnen, Freiraum, Gewerbe, Soziales, Bildung und Kultur etc. erstellt worden. In einem Gesamtkonzept erfolgte die Vernetzung dieser Fachkonzepte zur Stadtentwicklungsstrategie Leipzig 2020 mit Zielen für die Entwicklung der gesamten Stadt und räumlichen Handlungsschwerpunkten der Stadtentwicklung. Das Stadtentwicklungskonzept stellt damit auch die Weichen für den zukünftigen Einsatz öffentlicher Gelder und hat eine nachhaltige Investition städtischer Gelder zum Ziel.

Je komplexer und umfassender die Inhalte, desto mehr Anstrengung bedarf es die Themen und Abläufe verständlich aufzubereiten und für interessierte Bürger zu „übersetzen“. Neben den üblichen formellen Verfahren wurde das SEKo deshalb

- > den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten der Stadt Leipzig vorgestellt;
- > in den Stadtteilforen dreier Schwerpunkträume (Leipziger Westen, Leipziger Osten und Grünau) mit Bürgern und Stadtteilakteuren erörtert;
- > in einer Ausstellung aufbereitet und im Rahmen öffentlicher Gespräche diskutiert;
- > im Internet veröffentlicht mit der Möglichkeit, per E-Mail eine Rückmeldung geben zu können.

Die Bildungsreihe in der VHS war ein weiterer Baustein.

Ziel der VHS-Reihe zur Stadtentwicklung ist es,

- > den stadtoffenen Diskurs über integrierte Stadtentwicklung in Leipzig zu vertiefen und
- > Anregungen sowohl für die Erarbeitung der jeweiligen Fachplanungen als auch für die Weiterentwicklung des SEKo zu erhalten sowie
- > Hinweise und Erfahrungen aus dem konkreten Alltagserleben der Teilnehmer für die Verbesserung der Qualität der Planung zu bekommen.

Sieben Mal wurde im Rahmen der ersten Reihe im Herbst-/Wintersemester 2007/08 in die Volkshochschule eingeladen, wo Vertreter der Stadtverwaltung über aktuelle langfristige und stadtweite Strategien berichteten.

Aufgrund der positiven Resonanz wurde während der anschließenden Umsetzungsphase des SEKo im darauffolgenden Jahr das Veranstaltungsformat wieder aufgelegt.



>>> Diskussionsreihe zur Stadtentwicklung

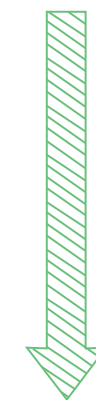
ABLAUF

Die VHS-Veranstaltungsreihen umfassen pro Semester jeweils fünf bis sieben Veranstaltungen zu aktuellen, in der Bearbeitung befindlichen Konzepten.

Gestartet wird mit einer Auftaktveranstaltung, bei der zunächst die aktuellen Trends der demographischen Entwicklung vorgestellt werden und auf die Besonderheiten einzelner Räume eingegangen wird. Darauf aufbauend werden an den weiteren Kursabenden laufende Planungen aus den verschiedenen Bereichen der Stadtentwicklung vorgestellt und diskutiert. Das Themenspektrum reicht dabei von aktuellen Fragen zum Wohnen und der Denkmalpflege über Themen zu Freiraum und Umwelt, Infrastrukturfragen für spezielle Zielgruppen wie Familien und Senioren, Ansätze der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung bis hin zu Verkehrsstrategien.

Die einzelnen Veranstaltungen haben einen fest strukturierten Ablauf:

Die einzelnen Veranstaltungen haben einen fest strukturierten Ablauf:



In einer Einführung werden zunächst die Zusammenhänge des jeweiligen Themas mit der Stadtentwicklung herausgestellt.

Anschließend folgt ein ca. 30-minütiger Fachvortrag mit einem kurzen Abriss über die Situation im jeweiligen Themenfeld (Stand, Probleme, Potentiale, Handlungsbedarf, Handlungsspielräume).

Im Anschluss werden die vorgestellten Ergebnisse im Hinblick auf ihre Bedeutung für die gesamtstädtische Entwicklung beleuchtet.

In einer moderierten Podiumsdiskussion mit dem jeweiligen Referenten, einem Vertreter der Stadtentwicklungsplanung und ggf. weiteren Akteuren werden die aufkommenden Fragen gemeinsam mit dem Publikum diskutiert.

Der VHS-Kurs endet jeweils mit einem Resümee und Ausblick in einer Abschlussveranstaltung durch Baubürgermeister Martin zur Nedden.



Die Teilnehmerzahl der einzelnen Veranstaltungen lag je nach Thema des Abends zwischen 20 und 80 Personen. Einige Gäste nahmen regelmäßig teil und belegten den ganzen Kurs.

Die einzelnen Diskussionsschwerpunkte der Veranstaltungen sowie alle schriftlichen Hinweise und Anregungen werden dokumentiert und fließen sowohl in die Erarbeitung der konkreten Pla-

nungen als auch in die Weiterentwicklung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ein.

BETEILIGTE UND ERGEBNISSE**KONTAKT:**

Name: Eike Sievers
Institution: Stadtplanungsamt
E-Mail: eike.sievers@leipzig.de
Telefon: 0341 / 123-4833

ZIELE

Seit 2002 radelt Oberbürgermeister Ulrich Maly etwa fünf mal jährlich mit den Bürgern durch die Nürnberger Stadtteile: Vor Ort informieren Bürgermeister, Referenten, Stadträte und Mitarbeiter aus der Verwaltung über aktuelle, meist stadtteilbezogene Projekte und Planungen aus allen Bereichen dessozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens und stellen sich der Diskussion.

Ziel der alternativen, mobilen Bürgerversammlungen ist es, die Menschen an Stadtentwicklungsprozesse heranzuführen und in lockerer Atmosphäre mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Gegensatz zur festgeschriebenen und klar strukturierten Bürgerversammlung gemäß Landesrecht ist das informelle Angebot bewusst niedrigschwellig konzipiert und versteht sich als zusätzliche bürgerfreundliche Alternative.

ABLAUF

Die Exkursionen in die Stadtteile werden vom Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg geleitet und von Mitarbeitern der Verwaltung und berufsmäßigen Stadträten begleitet.

Die Fachdienststellen der Verwaltung und externe Experten liefern fachliche Inputs vor Ort, um den Dialog mit den Teilnehmern anzustoßen. In jedem Jahr werden vier bis sechs Veranstaltungen angeboten, so dass in einem Turnus von vier Jahren alle Stadtteile mindestens ein Mal besucht werden.



Je nach Stadtteil und Anlass werden Akteure aus der Wirtschaft (Unternehmensbesuche) sowie Akteure kultureller und sozialer Einrichtungen einbezogen. Die Themen sind dabei so

BÜRGERVERSAMMLUNG

Bürgerversammlungen sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt. In den Gemeindeordnungen der Länder ist die Form der informativen Einwohner- und Bürgerbeteiligung rechtlich verankert.

In Bayern findet sich die rechtliche Grundlage für Bürgerversammlungen in Art. 18 der Gemeindeordnung. Der Inhalt und Ablauf ist festgeschrieben und folgt vorgegebenen Regularien:

- Mindestens einmal jährlich (auf Antrag ggf. auch häufiger) ist durch den Ersten Bürgermeister eine Bürgerversammlung einzuberufen.
- Die Tagesordnung hat nur gemeindliche Angelegenheiten zum Gegenstand.
- Das Wort können nur Gemeindeglieder erhalten (Ausnahmen kann die Bürgerversammlung beschließen).
- Empfehlungen der Bürgerversammlungen müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden.

Etwa vier bis fünf Stunden einschließlich einem geselligem Ausklang sind die Radler mit der Stadtspitze unterwegs.

Eingeladen werden dazu:

- > die Stadtratsfraktionen
- > örtliche Parteien
- > Bürgervereine
- > und alle Interessierten

über die Presse, das Internet und Plakate vor Ort.

unterschiedlich wie die aktuellen Projekte in den Stadtteilen und reichen beispielsweise von der Führung durch eine Transformatorenproduktion über die Besichtigung einer neugestalteten Kirche bis hin zum Besuch einer energetisch sanierten Schule.

Erfolgsfaktoren der mobilen Bürgerversammlungen:

- > Es werden auch heikle Stationen besucht und umstrittene Planungen diskutiert;
- > Über den direkten Austausch können die Teilnehmer individuelle Anregungen einbringen;
- > Das niederschwellige Format spricht Zielgruppen an, die bislang für Stadtentwicklungsdiskussionen nicht gewonnen werden konnten.
- > Ganz nebenbei «er-fahren» die Bürger und Stadträte die Stadtteile aus anderen Perspektiven und lernen diese auf neuen, oft ungewohnten Wegen kennen.
- > Jede Tour endet mit einem gemütlichen Ausklang, bei denen sich die Teilnehmer intensiv mit den Fachleuten und der Stadtspitze austauschen können.



Die Teilnehmerzahl ist von anfangs circa 30 auf mittlerweile oft über 100 Mitradler angestiegen. Je nach Wetter und Programmpunkte sowie möglichen Konfliktthemen fahren meist 80 bis 130 Bürger mit dem Stadtoberhaupt durch die Stadtteile.

Für die ungewöhnliche Form der Bürgerversammlung mit dem Verkehrsmittel Rad ist die Stadt Nürnberg beim bundesweiten Wettbe-

werb «best for bike» mit dem deutschen Fahrradpreis in der Kategorie «Fahrradfreundlichste Entscheidung 2008» ausgezeichnet worden.

BETEILIGTE UND ERGEBNISSE**KONTAKT:**

Name: Michael Ruf
 Institution: Bürgermeisteramt der Stadt Nürnberg
 E-Mail: michael.ruf@stadt.nuernberg.de
 Telefon: 0911 / 231-7502

ZIELE

Mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP) wird das Leitbild 2020 für Bremen weiter konkretisiert.

Um gemeinsame Themen und Anliegen formulieren zu können, müssen im ersten Schritt die verbindenden Querschnittsfragen herausgefiltert und beantwortet werden. Dazu wurden zunächst die 22 Stadtteile von Bremen genau unter die Lupe genommen: Die unterschiedlichen Anforderungen, Sichtweisen, Erwartungen und Zukunftsbilder gilt es stadtteilbezogen, aber auch gesamtstädtisch zu diskutieren.

Wie sieht es also aus in den Stadtteilen?

Welche Rolle spielt der einzelne Stadtteil aus Sicht der Stadtteilparlamente für die Zukunft der Stadt?

Wie wird die Zukunft von Bremen aus Sicht der Stadtteile eingeschätzt?

Zu diesen Fragen haben sich die Stadtteilparlamente (Beiräte) aller 22 Stadtteile Bremens geäußert und ihre Sicht auf Ausstellungstafeln dargestellt. Vorgestellt wurden für jeden Stadtteil vier Hauptbereiche:

- > Eine kurze Darstellung des Stadtteils,
- > Visionen und Wünsche für die weitere Entwicklung,
- > Leistungen des Stadtteils für die gesamte Stadt und
- > Anforderungen des Stadtteils an die gesamte Stadtentwicklung.

ABLAUF UND BETEILIGTE

22 Stadtteilportraits sind auf diese Weise entstanden. Die erarbeiteten Kurzpräsentationen waren Auftakt und Grundlage für die öffentliche Beteiligung: Im Rahmen eines zweitägigen «Perspektiven-Wochenendes» sind die Portraits den über 250 interessierten Teilnehmern vorgestellt worden.

Jeweils ein Stadtteilvertreter hat zu Beginn einen anderen Stadtteil vorgestellt – und zwar binnen 60 Sekunden!

Nach der Präsentation der Stadtteilportraits gaben externe Experten kurze Impulsreferate für die weitere Diskussion. Anschließend wurde mit der sogenannten «FISHBOWL-METHODE» das Plenum für die weitere Diskussion eröffnet.

Am zweiten Tag des Perspektiven-Wochenendes wurde es dann konkret: Sechs Arbeitsgruppen mit Bürgern, Verwaltung, Ortspolitik sowie Institutionen und Verbänden arbeiteten an den großen, stadtteilübergreifenden Themen.

Mit der Methode des «WORLD CAFE» wurden pro Themenfeld drei Kernfragen mit den Teilnehmern diskutiert und in aufeinander folgenden Gesprächsrunden bearbeitet.

>>> Perspektiven in der Stadt zwischen Gold" schglas und Straßenbahnkino**FISHBOWL-METHODE**

Diese Methode ermöglicht eine konzentrierte und kontrollierte Diskussion mit vielen Teilnehmern. Ihren Namen hat die Methode nach der Sitzordnung: sie gleicht einem Goldfischglas, um das die Teilnehmer im Kreis herumsitzen. Unter Leitung eines Moderators diskutiert eine kleine Gruppe von Teilnehmern im Innenkreis (im „Goldfisch-Glas“), während das Plenum in einem Außenkreis die Diskussion beobachtet. Die Gesprächspartner sind jedoch kein festes Podium, sondern können durch interessierte weitere Zuhörer „ausgewechselt“ werden.

WORLD CAFES

An im Raum verteilten Tischen diskutieren jeweils vier bis acht Teilnehmer zwei bis drei Kernfragen. Nach 15 bis 30 Minuten mischen sich die Gruppen neu, nur der Moderator der Runde bleibt die ganze Zeit über am Tisch, fasst zusammen und führt die neuen Teilnehmer in das Gespräch ein.

Die Ergebnisse des Perspektiven-Wochenendes wie auch die Stadtteilportraits sind im Nachgang von Bürgermeister Jens Böhrnsen und dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa Dr. Reinhard Loske im Rathaus der Bremer Bürgerschaft vorgestellt worden.

Mit den Portraits wurde eine ansprechende Form gefunden um über die 22 Stadtteile zu informieren und so zur künftigen Entwicklung mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Insgesamt acht Mal gab es nach dem Perspektiven-Wochenende Gelegenheit, die Beiträge aus den verschiedenen Stadtteilen an öffentlich gut frequentierten Standorten wie beispielsweise Einkaufszentren, Bürgerhäusern, Museen etc. zu sehen. Über ein Rahmenprogramm wurde das Thema vertieft und der Austausch mit den Bürgern gesucht.

Zum Start der Wanderausstellung wurden die Stadtteilportraits unter dem Slogan «Stadtentwicklung auf dem Weg» in einer Sonderbahn gezeigt. Mit Unterstützung der Bremer Straßenbahn AG war es nicht nur möglich, die Ausstellungstafeln zu betrachten und mit Senator Dr. Reinhard Loske ins Gespräch zu kommen, sondern auch einen Film zum Perspektiven-Wochenende in einem eigens dafür eingerichteten Kino-



abteilung zu sehen.

Der neue Ansatz der Aufbereitung von Ergebnissen und die Art und Weise der Präsentation haben den Austausch zwischen Verwaltung, Initiativen, Ortspolitik und Bürgern befördert und die gemeinsame Arbeit unterstützt.

ERGEBNISSE**KONTAKT:**

Name: Dr. Arne Sünnemann
 Institution: Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
 E-Mail: arne.suennemann@bau.bremen.de
 Telefon: 0421 / 361-10784

ZIELE

Die Großwohnsiedlung Grünau ist seit Jahren Schwerpunkttraum der Leipziger Stadtentwicklung. Seit fast 15 Jahren wird der kooperative Prozess mit den Grünauer Bewohnern gefördert, um den Stadtteil gemeinsam voranzubringen. Mit dem «Forum Grünau» als ehemaligem Produkt des Planspiels Leipzig-Grünau im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) wurden bereits 1997 die Grundlagen für das heutige Forum im Stadtteil gelegt. Ziel ist es, Strategien und Maßnahmen des Neu-, Um- und auch Rückbaus in der Großwohnsiedlung zu vermitteln.

Diese Form der Kommunikation ermöglicht es, aktuelle Bedürfnisse auf Stadtteilebene herauszufinden, anstehende Planungen zu besprechen und bei strittigen Themen einen Konsens zu erreichen. Arbeitsgruppen ergänzen das breit angelegte und offene Forum. Im Forum diskutierte und vorbereitete Projekte werden hier in kleinerer Gruppe intensiv weiterbearbeitet.

**GRÜNAU**

Mit der Grundsteinlegung in der Gärtnerstraße im Juni 1976 begann in Leipzig der Bau einer der größten Großwohnsiedlungen in Deutschland. Seitdem hat Grünau eine wechselvolle Geschichte erlebt. Der größte Stadtteil in Leipzig war ursprünglich auf 90.000 Bewohner ausgelegt. Heute leben in Grünau nur noch etwa 41.000 Menschen. Trotz intensiver Bemühungen, den Stadtteil attraktiv zu gestalten und den heutigen Anforderungen anzupassen, geht die Einwohnerzahl seit 1990 zurück. Auch nach dem Abriss der charakteristischen 16-geschossigen Punkthochhäuser ab 2002 und der umfassenden Sanierung des Großteils der übrigen Plattenbauten liegt der Leerstand teilweise noch immer bei über 20 %.

**ABLAUF,
BETEILIGTE
UND
ERGEBNISSE****1. Phase:**

Im Rahmen des Planspiels wurde das Forum 1997 mit externer fachlicher und finanzieller Unterstützung eingeführt und in der dreijährigen Projektlaufzeit von 1997 bis 2000 etabliert. Während dieser Zeit wurden unter Leitung einer Vorbereitungsgruppe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBR) zahlreiche Projektvorschläge und Verfahrensempfehlungen entwickelt.

Teilnehmer der 1. Phase:

Vertreter von Bürgervereinen, lokale Akteure und Vertreter der Verwaltung.

Wichtiges Ergebnis der 1. Phase:

Sieben Leitlinien für eine zukunftsfähige Stadtteilentwicklung («Grünauer Perspektiven»).

**>>> Plattform für Beteiligung im Leipziger Westen****2. Phase:**

Nach Ende des Modellvorhabens wurde das Forum durch die Stadtverwaltung fortgesetzt. Ab 2000 / 2001 kam dem Instrument eine wichtige Rolle in der weiteren kooperativen Entwicklung zu: Themen wie «Schrumpfung» und dementsprechende Konsequenzen wie «Rückbau» wurden nun deutlich kommuniziert und mussten offensiv angegangen werden;

Teilnehmer in der 2. Phase:

Wohnungsunternehmen, Akteure, Bewohner und Vertreter der Verwaltung

Wichtiges Ergebnis der 2. Phase:

Entwicklungsstrategie «Grünau 2020» als Ergebnis des Diskussionsprozesses ab 2007. Die Strategie ist als gemeinsames Leitbild der Stadtteilentwicklung von Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen sowie den Akteuren und Bewohnern vor Ort erarbeitet worden.

Seit 2006 ist die Großwohnsiedlung Grünau mit einem Fördergebiet im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt.

**3. Phase:**

Bis heute – nach fast 14 Jahren – findet in regelmäßigen Abständen etwa zwei bis vier Mal pro Jahr das Grünauer Forum statt. Das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung ist zusammen mit dem Quartiermanagement für Themensetzung, Organisation und Moderation verantwortlich. Jede Idee und geplante Maßnahme für Grünau wird im Forum vorgestellt und besprochen.

Teilnehmer in der 3. Phase:

Wohnungsunternehmen, Akteure, Bewohner und Vertreter der Verwaltung.

Mittlerweile folgt ein Großteil der Teilnehmer sehr regelmäßig den Einladungen: je nach Thema etwa 150 bis 300 Personen aus dem Quartier.

Wichtiges Ergebnis der 3. Phase :

Stadtteilprofil in dem Bürgergruppen und Aktive ihre Sicht auf Grünau dargelegt, Stärken und Potenziale herausgearbeitet und Ziele für die Zukunft festgelegt haben.



Das Informations- und Beteiligungsmodell auf Stadtteilebene wird aufgrund der positiven Erfahrungen seit November 2000 im Leipziger Osten sowie seit April 2002 auch im Leipziger Westen erfolgreich eingesetzt.

KONTAKT:

Name: Juliana Pantzer
Institution: Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
E-Mail: juliana.pantzer@leipzig.de
Telefon: 0341 / 123 - 54 72

ZIELE

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.“ (H.-F. Bergmann).

Im Stadtgebiet Nürnberg gibt es viele Möglichkeiten, Vergangenheit und Gegenwart verschiedener Lebensbereiche zu studieren. So gehen seit 2010 das Umweltamt und der Verein „Geschichte für Alle e.V.“ gemeinsam mit den Nürnbergern auf Entdeckungstour: In Wasserspaziergängen und auf Fahrradtouren wird vermittelt, wo in Nürnberg überall Wasser zu finden ist und welche historischen Spuren und Geschichten bis in die Gegenwart führen. Auch das Amt für Wohnen und Stadtentwicklung führt solche Spaziergänge seit 2011 durch und erweckt auf diese Weise die alten Nürnberger Baumeister in der Altstadt zu neuem Leben. Mit dieser Beteiligungsform können unterschiedliche Planungsprozesse in der Stadt den Bürgern auf eine attraktive Art näher gebracht werden. Ziel ist es, den öffentlichen Dialogprozess weiter zu entwickeln und besondere Handlungsschwerpunkte der verschiedenen zentralen Funktionen der (Alt)Stadt zu erläutern.

ABLAUF

Mit dem Verein „Geschichte für Alle“ ist ein erfahrener Partner mit im Boot: An den ausgewählten Stationen erklären die Stadtführer auf spannende Weise die Bebauung mit Bild- und Kartenmaterial und erläutern die Entwicklung bis zur heutigen Situation. In der Altstadt wird an den historisch und gegenwärtig bedeutsamen Plätzen aufbauend auf konkreten Planungen und Visionen die Zukunft vorgestellt.



Etwa zwei Stunden lang werden die interessierten Teilnehmer durch Nürnbergs Planungsgeschichte begleitet. Im Anschluss besteht in gemütlicher Runde die Möglichkeit, Themen weiter zu vertiefen und sich mit den Vertretern der Stadtentwicklung auszutauschen.

So vermitteln die Altstadtspaziergänge und Wassertouren nicht nur Wissen um die Entstehung der Stadt von der mittelalterlichen Vergangenheit bis heute, sondern sensibilisiert die Bürger für Prozesse der Stadtentwicklung.



GESCHICHTE FÜR ALLE E.V.

Der Verein „Geschichte für Alle e.V.“ wurde 1985 von einer Gruppe Erlanger Geschichtsstudenten gegründet. Aus einer studentischen Initiative erwuchs bis heute ein Verein mit professionellen Strukturen. Der Verein setzt die Vermittlung von Historie in den Vordergrund und macht seit vielen Jahren mit seinen Stadtrundgängen, Museumsführungen, Themengesprächen, Theaterrundgängen und Stadtrallyes Geschichte für unterschiedlichste Zielgruppen lebendig und anschaulich. Dabei werden gezielt interaktive und aktivierende Elemente eingesetzt. Mit diesem pädagogischen Konzept werden wissenschaftliche Erkenntnisse einem möglichst breiten Publikum zugänglich gemacht und Angebote für unterschiedliche Zielgruppen konzipiert.

Bisher fanden die Stadtführungen in der Altstadt an vier Sonntagen im Zeitraum vom 17. April bis 17. Juli 2011 statt. Nach dem erfolgreichen Start des neuen Veranstaltungsformates wird die Reihe dieses Jahr mit einem Spaziergang durch den Stadtteil Muggenhof fortgesetzt. Auch im Vorfeld bedeutungsvoller Bauvorhaben und Planungen soll die neue Form der intensiven Auseinandersetzung mit Stadt, Verwaltung und den Bürgern auf informeller Ebene und in lockerer Atmosphäre gezielt genutzt werden. Die Konzeption der Altstadtspaziergänge knüpft zu einem an die erfolgreiche Strategie der mobilen Bürgerversammlungen per Fahrrad an (s. S. 14) und baut zum anderen auf den Erfahrungen des Vereins „Geschichte für Alle“ auf, der bereits seit 26 Jahren erfolgreich Stadtrundgänge durchführt.

Das Interesse an den Führungen durch die Fachleute der Stadtentwicklung und Umweltplanung übertraf bei weitem die Erwartungen:

Allein in 2011 nahmen 200 Bürger an den insgesamt acht durchgeführten Wassertouren teil; 283 Bürger haben das Angebot in der Altstadt genutzt und sich über historische und aktuelle stadtplanerische Entwicklungen informiert. Weitere Führungen in den bisherigen Bereichen werden auch 2012 durchgeführt. Vor allem Mitglieder von Vereinen, Verbänden und Interessengemeinschaften mit direktem Bezug zur Altstadt oder zum Wasser nahmen an den Führungen teil.



Bisher fanden die Stadtführungen in der Altstadt an vier Sonntagen im Zeitraum vom 17. April bis 17. Juli 2011 statt. Nach dem erfolgreichen Start des neuen Veranstaltungsformates wird die Reihe dieses Jahr mit einem Spaziergang durch den Stadtteil Muggenhof fortgesetzt. Auch im Vorfeld bedeutungsvoller Bauvorhaben und Planungen soll die neue Form der intensiven Auseinandersetzung mit Stadt, Verwaltung und den Bürgern auf informeller Ebene und in lockerer Atmosphäre gezielt genutzt werden. Die Konzeption der Altstadtspaziergänge knüpft zu



Aber auch Privatpersonen – insbesondere Senioren sowie Teilnehmer mit teilweise fachlichem Hintergrund (Architekten und Stadtplaner) – haben das Angebot rege wahrgenommen.

BETEILIGTE

ERGEBNISSE UND AUSBLICK

KONTAKT:

Ursula Haubner (Altstadt)
Amt f. Wohnen und Stadtentwicklung
Ursula.Haubner@stadt.nuernberg.de
0911/ 231-4153

Maria Martens (Umweltplanung)
Umweltamt
Maria.Martens@stadt.nuernberg.de
0911/231-3964

ZIELE

Bedingt durch die medizinische Neuausrichtung des Klinikums Bremen-Mitte werden ab 2014 knapp drei Viertel des Klinikgeländes für eine Umnutzung frei. Hier soll ein neues Stadtquartier entstehen: das Hulsberg Viertel.

Das geplante neue Wohnquartier liegt am Rande der Östlichen Vorstadt. In der ARD-Komödie «Neue Vahr Süd» ist der Bremer Stadtteil Anziehungspunkt für eine junge Bohème, die in den 1980er Jahren dem kleinbürgerlichen Alltag ihrer Eltern zu entkommen sucht. Auch wenn das reale Leben im «Viertel» nicht immer so spektakulär ist wie in dem Kinofilm, ist es auch heute noch eine bevorzugte Wohngegend für Menschen mit einem alternativen Lebensstil.

Um dem öffentlichen Interesse entgegen zu kommen, wagt die Stadtgemeinde hier ein Experiment: Schon bevor ein Plan vorliegt, soll die Öffentlichkeit in die Planung eingebunden werden. Bis Anfang 2012 werden gemeinsam Rahmenbedingungen, Ziele und Fragestellungen für ein städtebauliches Gutachterverfahren entwickelt.

ABLAUF UND BETEILIGTE

Die Gründung einer städtischen Entwicklungsgesellschaft für die frei werdenden Flächen im vergangenen Jahr war der Startschuss für den Planungsprozess des neuen Quartiers. Nach dem Vorbild des Zürcher Stadtforums ist zur Beteiligung der Öffentlichkeit das Forum „Neues Hulsberg“ eingerichtet worden.



Auf fünf öffentlichen Sitzungen werden Themen wie

- > Immobilienwirtschaftliche Machbarkeit,
- > Mobilität,
- > Grünraum und
- > Bestandsentwicklung

vorgelegt, diskutiert und in Workshops bearbeitet.

Auf den Sitzungen kommen verschiedene Akteure zusammen:



KLINIKUM BREMEN-MITTE

Das im 19. Jahrhundert gegründete Krankenhaus erstreckt sich auf einer Fläche von 19 ha und gilt mit seinen über 900 Betten und ca. 3000 Mitarbeitern als eines der größten Allgemeinkrankenhäuser der Bundesrepublik. Das über 150 Jahre gewachsene Ensemble entspricht schon länger nicht mehr den Anforderungen einer modernen medizinischen Versorgung, so dass der Klinikbetrieb zukünftig in kompakten Neubauten auf einer Fläche von 6 ha organisiert werden soll. Durch diese Umbaumaßnahme werden knapp drei Viertel des Klinikgeländes frei, auf dem ein neues, städtisches Quartier entstehen wird. Die zum Teil denkmalgeschützten Gebäude sollen dabei möglichst erhalten bleiben. Das Krankenhaus gilt es in ein dicht besiedeltes städtisches Quartier zu integrieren.

>>> Erarbeitung eines Rahmenplans: Bürgerbeteiligung für ein neues Quartier in Bremen

- > Grundstückseigentümer,
- > Vertreter aus Politik und Verwaltung,
- > Anwohner,
- > Gutachter,
- > Investoren

sowie alle, die ein Interesse an der Planung haben.

Die Foren werden durch weitere Veranstaltungen ergänzt. Durch eine Online-Umfrage, Workshops mit benachbarten Schulen und eine Exkursion nach Hamburg entstehen neue Erkenntnisse, Ansichten, Fragen, Wünsche und Zwischenergebnisse.

Vorteile durch das kooperative Verfahren:

- + Arbeitsergebnisse dienen als Input für das Gutachterverfahren
- + Kennenlernen unterschiedlicher Interessengruppen durch das gemeinsame Arbeiten
- + Informationsaustausch wird gefördert und Vertrauen in den Prozess geschaffen.
- + Eine wichtige Hürde wurde genommen: Durch die Umnutzung des Klinikgeländes ist für die Bremer Klinikbetriebe ein nicht unerheblicher Bilanzverlust zu erwarten. Für die Stadtgemeinde ist dies eine heikle Angelegenheit, die zunächst nur verwaltungsintern behandelt wurde. Dass dieses schwierige Thema inzwischen auf einem öffentlichen Forum sachlich diskutiert wurde, zeigt, wie sehr der Planungsprozess von einem offenen Verfahren profitieren kann.



Die bisherigen Veranstaltungen einschließlich der Arbeitsergebnisse wurden auf einer Website dokumentiert: www.neues-hulsberg.de

ERGEBNISSE UND AUSBLICK

KONTAKT:

Name: Eva Herr
 Institution: Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
 E-Mail: eva.herr@bau.bremen.de
 Telefon: 0421 / 361- 2131

ZIELE

Der Stadtteil Lindenau hat sich vom ursprünglichen Schmuddelviertel zur attraktiven Wohngegend junger Familien und junger Kreativer gewandelt. Ausschlaggebend dabei war das Engagement einer kleinen Gruppe von Bewohnern: Gemeinsam wurde mit vielen kleinen und größeren Maßnahmen das Quartier nachhaltig aufgewertet. Der Prozess von unten ist gezielt durch die Stadtverwaltung unterstützt worden. Die besondere, partizipative Form der gemeinsamen Quartiersentwicklung zeigt sich in vielen konkreten Projekten, wie beispielsweise auch in der kooperativen Erarbeitung eines Konzeptes zur Umgestaltung der Josephstraße.

ABLAUF UND BETEILIGTE

Als Initialzündung für diese positive Quartiersentwicklung kann die Umsetzung der Nachbarschaftsgärten gesehen werden:



Als Impulsstätte haben sie das Viertel für junge Menschen attraktiv gemacht, die an diesem Ort ihre persönlichen Lebensvorstellungen verwirklichen können: ca. 8.000 qm ehemalige Brachfläche wurden zu einem Gemeinschaftsgarten umgestaltet. Hier wird nicht nur angepflanzt und gegärtnert, sondern auch gemeinsam gekocht, es werden Räder repariert, es finden Veranstaltungen statt und Kurse werden angeboten.

Möglich geworden sind die Nachbarschaftsgärten durch eine Nutzungsvereinbarung: Der Lindenauer Stadtteilverein hat mit den verschiedenen privaten Eigentümern der Brachflächen Absprachen getroffen, die eine kostenlose Nutzung als Garten auf Zeit erlauben. Das Baurecht des Eigentümers bleibt weiter bestehen. Umgesetzt worden ist das Gemeinschaftsprojekt in Kooperation mit dem Quartiersmanagement, mit Hilfe Freiwilliger vor Ort sowie Mitgliedern des Bürgervereins.

**LINDENAU**

Das im Leipziger Westen gelegene Lindenau ist geprägt durch überwiegend schlichten Gründerzeitwohnungsbau mit erheblichen Sanierungsrückständen. Obwohl der Stadtteil mit dem benachbarten Plagwitz noch zur DDR-Zeit das bedeutendste Industriegebiet Leipzigs war, konnten die Produktionsstätten und v.a. die Wohnquartiere nicht erhalten werden und verfielen zusehends. Bereits vor 1989 war eine Abwanderung die Folge, mit der Wende brach die Industrieproduktion ganz zusammen.

Der Straßenzug der Josephstraße zwischen Karl-Heine-Straße und Lützner Straße war lange Zeit von Brachen gekennzeichnet, wirkte vernachlässigt und hatte mit Problemen wie Leerstand, stark sanierungsbedürftiger Bausubstanz und Integration sozial benachteiligter Bürger zu kämpfen. In den vergangenen Jahren hat das Gebiet jedoch einen Imagewechsel erfahren. Prägten noch vor einigen Jahren v.a. wirtschaftlich und sozial schwache Haushalte das Bild des Stadtteils, so ziehen in den letzten fünf Jahren auch einkommensstärkere Familien zu.

Zusätzlich unterstützt wurde das Projekt von jungen Menschen im Rahmen von Baulagern des Internationalen Bauordens sowie Jugendlichen, die Sozialstunden leisten mussten.

Der Erfolg der gemeinsamen Projekte hat das ehrenamtliche Engagement vor Ort bestätigt und die Bürger in ihrer weiteren Arbeit bestärkt. 2007 startete auf Initiative des Lindenauer Stadtteilvereins ein gemeinsamer Workshop-Prozess zwischen Bürgerverein, Eigentümern, Nutzern, Anwohnern und der Stadtverwaltung. Die Bemühungen zur Aufwertung des Quartiers erhielten durch die Bündelung der Ressourcen eine neue Qualität: Die Stadtverwaltung entwickelte zusammen mit den Akteuren ein Entwicklungskonzept für das ganze Quartier. In sieben Workshops wurde ein gemeinsames Vorgehen bei städtebaulich relevanten Fragen diskutiert. Bei Bedarf wurden externe Gäste für Impulsreferate eingeladen; die Workshops wurden von einem externen Berater moderiert.



Ein wichtiges Produkt des Prozesses ist der Plan zur Umgestaltung der Josephstraße:



Seit August 2008 und im Verlaufe des Jahres 2009 haben Planer und Ämter der Stadtverwaltung mit Eigentümern, Anwohnern, Neuzugezogenen und Akteuren aus dem Stadtteil eine Vorzugsvariante mit verkehrsberuhigtem Bereich erarbeitet. Für das kooperative Verfahren war entscheidend, dass:

- > der Prozess auf Augenhöhe durchgeführt wurde,
- > sich alle Beteiligten auf einen ergebnisoffenen Prozess einlassen konnten und
- > eine generelle Kompromissbereitschaft der Beteiligten bestand.

Das gemeinsame Planungs- und Arbeitsverfahren hat sich bewährt und gut etabliert. Der Bereich Josephstraße ist mittlerweile der Schauplatz von vielfältigen Projekten: Mehrere Haus- und Grundstückskäufe sind getätigt, Brachflächen aufgewertet und ein «Buchkindergarten» mit einem speziellen Konzept frühkindlicher Bildung (Kinder machen Bücher) ist im Entstehen. Neben der Straßenbaumaßnahme gibt es bereits vier in Umsetzung befindliche Neubauvorhaben und zehn Sanierungsvorhaben.

ERGEBNISSE**KONTAKT:**

Name: Birgit Seeberger
 Institution: Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
 E-Mail: birgit.seeberger@leipzig.de
 Telefon: 0341 / 123-5438

ZIELE

Seit Ende 2000 ist der Stadtteil Nordostbahnhof im Nordosten von Nürnberg als Sanierungsgebiet im Programm Soziale Stadt aufgenommen. Nach nun über zehnjähriger erfolgreicher Arbeit im Quartier, konnte mit dem Kunstprojekt «Kunst Nordost 2011» ein sichtbares Zeichen gesetzt werden. Ziel war es, mit den Bewohnern des Quartiers einen künstlerischen Beitrag zur Gestaltung «ihres» Viertels zu leisten, und zwar von der gemeinsamen Vorbereitung des Wettbewerbs bis zur Produktion der Kunstwerke vor Ort. Kunst im öffentlichen Raum sollte nicht nur erlebbar sein und «genutzt» werden, die Bürger des Viertels sollten bereits den Entstehungsprozess aktiv mitbegleiten und sich aktiv in ihre Wohnumfeldgestaltung einbringen.

Im Januar 2010 startete die Arbeitsgruppe «Kunst Nordost 2011».

ABLAUF

Mit dabei waren:

- > Vertreter der wbg Nürnberg GmbH als Hauseigentümer,
- > Vertreter des Amtes für Wohnen und Stadtentwicklung,
- > das Quartiersmanagement
- > und mehr als 30 Bürger aus dem Quartier oder benachbarten Stadtteilen.

Unter der fachkundigen Leitung der Künstlerin und Kuratorin Regina Pemsil setzten sich die ca. 40 Teilnehmer in den folgenden Monaten intensiv mit dem Thema «Kunst im öffentlichen Raum» auseinander. Zur Einführung wurden verschiedene Beispiele diskutiert, Spaziergänge zu Kunstwerken im öffentlichen Raum in der Altstadt unternommen sowie Ateliers von Nürnberger Künstlern und Fachvorträge besucht.

Durch die kompetente Einführung bestens vorbereitet, bestand die erste große Aufgabe der Arbeitsgruppe darin, grundlegende Kriterien für einen künstlerischen Wettbewerb zu erarbeiten.

Die gewählten Kriterien waren:

- > der thematische Bezug zur Siedlung,
- > die Einbeziehung der Bewohner sowie die Dauerhaftigkeit und Benutzbarkeit des Objekts.

SIEDLUNG NORDOSTBAHNHOF

Als Ergebnis eines 1928 ausgelobten Wettbewerbs entstand die Siedlung Nordostbahnhof zum großen Teil in den 30er Jahren und liegt etwa 2,5 km nordöstlich der Nürnberger Altstadt. Bis in die 50er Jahre stand dieser Siedlungsteil weit vor den Toren der Stadt. Den baulichen Abschluss fand die Siedlung erst in den 50er Jahren. Seit 1970 entspricht die städtebauliche Einbindung in etwa der heutigen Bebauung. Das gesamte Stadtquartier mit seinen 28 ha wird heute von ca. 4.000 Menschen bewohnt und von der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg (wbg Nürnberg Gruppe) als nahezu alleinigem Eigentümer verwaltet. Vor allem kleine Wohnungsgrößen mit einem entsprechend hohen Anteil an 1-Personen-Haushalten und einem z. T. eher geringem Wohnkomfort prägen den Nordostbahnhof. Seit Ende 2000 wird die Siedlung im Rahmen des Bund-Länder-Programmes Soziale Stadt umgestaltet und aufgewertet. In den vergangenen elf Jahren wurden zahlreiche Projekte mit Beteiligung der Bevölkerung umgesetzt.



Auf dieser Basis wurden fünf Künstler für die Teilnahme unter den Bewerbern ausgewählt. Die Auswahl des besten Entwurfes erfolgte über ein Preisgericht. Zusammen mit den beteiligten Institutionen sowie Vertretern der Verwaltung entschieden die Anwohner über den Siegerentwurf. Den vertretenen Anwohnern kam dabei eine Stimme mehr zu, als den Vertretern der beteiligten Institutionen.

Auf den ersten Platz wurde der Bildhauer Cristian Rösner, Nürnberg, mit seinem Entwurf künstlerisch gestalteter Sitzbänke gewählt. Die Arbeit sah vor, dass zehn Bänke aus Beton entlang der alleeartigen Leipziger Straße aufgestellt werden. Die Seiten der Quader haben kreisrunde Vertiefungen, in die von Bewohnern etwa tausend gestaltete «Glücks»taler aus Ton eingelassen werden. Auf jeder Sitzbank befindet sich ein Sockel mit einer Mensch-Tier-Figur aus Bronze, welche die zehn Dekaden des menschlichen Lebens symbolisieren.



Im Mai 2011 war es dann soweit: Die Sitzbänke wurden vom Künstler aufgestellt. Mit einer mobilen Werkstatt machte er sich auf den Weg durch den Stadtteil. An insgesamt zehn Stationen wurde gemeinsam mit den Bewohnern individuelle Glückstaler gestaltet. Vor allem auch



Kinder und Jugendliche steuerten mit Begeisterung selbstgefertigte Taler bei. Insgesamt wurden innerhalb von zwei Aktionswochen ca. 600 Taler hergestellt.

Anfang Juni 2011 gab es rund um den Bürgertreff Nordostbahnhof eine Abschlussveranstaltung der Kunstaktion mit kostenlosen Getränken und Imbiss, bei der die Bewohner letztmalig Taler für die Sitzbänke kriegen konnten.



Die offizielle Einweihung fand Anfang Juli 2011 mit Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly statt. Mit der offiziellen Einweihung ist das Projekt nicht beendet. Noch sind nicht alle Aussparungen mit Talern gefüllt und die Sitzbänke nicht komplett fertig gestaltet. Dies soll im Lauf der nächsten Jahre erfolgen. Der Künstler hat sich bereit erklärt, auch den weiteren Prozess zu begleiten und zukünftig einmal im Jahr eine Talerwerkstatt anzubieten.

BETEILIGTE**ERGEBNISSE****KONTAKT:**

Name: Hermann Weichselbaum
 Institution: Amt für Wohnen und Stadtentwicklung
 E-Mail: hermann.weichselbaum@stadt.nuernberg.de
 Telefon: 0911 / 231-3059

Drei Städte – neun Projekte!

Die Beispiele aus den drei Städten zeigen, wie Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung in unterschiedlicher Weise umgesetzt werden kann. Sie machen auch deutlich, welche Voraussetzungen dafür nötig sind: fundierte und zugleich zielgruppenorientierte Information, ausreichend Zeit und nicht zuletzt die Bereitschaft aller am Planungsprozess Beteiligten, Situationen und Probleme aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Die Beispiele lassen aber auch Stolpersteine erkennen – Schwierigkeiten, die während eines Beteiligungsverfahrens auftauchen und einen erfolgreichen Verlauf behindern können.

Erfolgreiche Beteiligung braucht Information!

Beteiligung setzt eine gute Kenntnis der Ausgangssituation und der jeweiligen Rahmenbedingungen durch alle Beteiligten voraus. Themen der Stadtentwicklung dürfen nicht in einer für die Allgemeinheit oft trockenen Planungsterminologie präsentiert werden. Sie müssen so gut verständlich und motivierend vermittelt werden, dass die interessierten Bürger kompetent mitreden können, ohne das Gefühl zu haben, sie müssten sich dabei in bürokratisches Detailwissen verstricken oder von «Herrschaftswissen» bevormunden lassen. Informationen müssen nicht nur spannend aufbereitet, sondern auch lebensnah vermittelt und niedrigschwellig angeboten werden. Dies gelingt meist nicht auf Knopfdruck, erfolgreiches Beteiligen muss auch geübt werden und setzt kontinuierliche Information mittels ansprechender Formate voraus. Nur so gelingt es die Bürger für Prozesse der Stadtentwicklung zu sensibilisieren und zur konstruktiven Mitsprache zu befähigen.

Mit der Diskussionsreihe in der Volkshochschule in Leipzig oder der mobilen Bürgerversammlung sowie den Altstadtspaziergängen in Nürnberg wurden Formate gefunden, mit deren Hilfe Bürger auf unterhaltsame Weise informiert, interessiert und zur Beteiligung motiviert werden können. Anders als im Rahmen eines konventionellen Verfahrens – etwa mit einer offiziellen Veranstaltung im Rathaus – werden die Bürger in anderer Weise und an anderen Orten «abgeholt». Wichtig ist dabei auch die Kontinuität von Beteiligungsangeboten, wie z. B. das Grünauer Forum in Leipzig zeigt. Die Verlässlichkeit und Präsenz eines solchen Angebots vor Ort sind entscheidend für ein aktives Einbringen der Bürger in die weitere Entwicklung ihres Stadtteils. Verlässlichkeit beinhaltet auch die kontinuierliche Information über den Fortgang der jeweiligen Planung nach Abschluss eines Beteiligungsverfahrens bis zur erfolgreichen Umsetzung.

Erfolgreiche Beteiligung braucht Zeit!

Beteiligungsverfahren sind in der Regel zeitaufwendig und lassen sich kaum nebenbei organisieren. Für ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren brauchen die Moderatoren außerdem Erfahrung mit geeigneten Methoden sowie die Fähigkeit, sich von der eigenen fachlichen Rolle zu lösen und sich in den Dienst der Bürger zu stellen.

Dem Anspruch, Bürger aktiv in Planungsprozesse und ggf. auch in die anschließende Umsetzung der Ergebnisse einzubeziehen, können Städte und Gemeinden nur durch ein fachlich gut vorbereitetes und durchdachtes Beteiligungsverfahren gerecht werden. Wichtig ist dabei, für den Prozess die notwendige Zeit einzuplanen und die Zeitplanung an den Bedürfnissen der Teilnehmer orientieren.

Dies setzt zunächst vor allem eine rechtzeitige Einbindung der Bürger in Beteiligungsverfahren voraus. Wenn Beteiligungsprozesse erst zu einem Zeitpunkt in Gang gesetzt werden, zu dem vonseiten der Stadtverwaltung bereits wichtige Abstimmungsverfahren abgeschlossen sind, entsteht bei den potenziell beteiligten Akteuren oft der Eindruck, dass ihnen entscheidende Informationen vorenthalten oder zu spät zur Verfügung gestellt werden.

Wie beim Beispiel der Neuplanung des Hulsbergs Viertels in Bremen deutlich wird, kann ein konsequentes Beteiligungsverfahren durchaus einen Zeitrahmen von bis zu zehn Jahren erfordern. Auch beim Nürnberger Projekt «Kunst Nordost 2011» stellte das mehrstufige Verfahren mit der Einräumung von ausreichend Zeit für alle Beteiligten einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Ausreichend Zeit bedeutet allerdings nicht zwangsläufig einen langen Zeithorizont, wie das Beispiel der Entwicklung des Bremer Leitbildes zeigt. Dabei gelang es gerade durch das straff organisierte Vorgehen mit einer Mitwirkung von Bürgern, Verwaltung und Ortpolitik im mehrstufigen Reißverschlussverfahren, die Spannung und die Motivation für die Beteiligten aufrechtzuerhalten.

Erfolgreiche Beteiligung braucht Perspektivwechsel!

Beteiligen geht weit über Informieren hinaus und setzt voraus, dass Bürgern nicht nur ein Recht auf Mitsprache, sondern auch echte Einflussnahme zugestanden wird. Bedarfe und Bedürfnisse müssen ernstgenommen werden, Eingang in den Planungsprozess finden und sich letztendlich auch im Ergebnis widerspiegeln. Dabei gilt es, verschiedene Vorstellungen und Ansprüche unter einen Hut zu bringen – ein Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft erfordert, sich ernsthaft auf einen kooperativen Prozess einzulassen und Kompromisse einzugehen. Dies setzt auch die Fähigkeit der Umsetzer von Beteiligungsprozessen (Planer, Experten und Moderatoren) voraus, Planungsvorhaben aus verschiedenen Blickrichtungen zu beleuchten, um die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmer besser verstehen zu können.

So wurde bei der Beteiligung zur Entwurfserstellung des neuen Flächennutzungsplans in Bremen von den Beiräten für ihren Stadtteil ein Kurzprofil erstellt, das dann jeweils von einem Vertreter aus einem anderen Stadtteil vorgestellt wurde. Über diesen Perspektivwechsel gelang es, über die stadträumlichen Detailfragen hinauszugehen und die verbindenden Querschnittsthemen zu erkennen, die für eine gesamtstädtische Betrachtung von Bedeutung sind. Beim Beispiel der Aufwertung des Leipziger Quartiers um die Josephstraße zeigt sich die elementare Bedeutung des gegenseitigen Verständnisses von Verwaltung und Bürgern für ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren. Für die Stadtverwaltung bedeutet dies oft auch, sich kompromissfähig zu zeigen und/oder von ursprünglichen Vorstellungen und Planungsideen abzuweichen und gemeinsame Lösungen mit den Bewohnern zu finden.

Stolpersteine bei Informations- und Beteiligungsangeboten

Beteiligungsverfahren können auch unerwartet auf Hindernisse stoßen. Manchmal zeigen sich die Hürden sowie unerwünschte Nebeneffekte erst im laufenden Prozess und können das Verfahren verzögern. Bei der Vorbereitung der Informations- und Beteiligungsangebote gilt es deshalb, mögliche Schwierigkeiten bereits vorab zu identifizieren. Knackpunkte können beispielsweise die Vermittlungsweise und die Sprache sein, in der die Planungen und Projekte der Öffentlichkeit präsentiert werden. Aber auch das Veranstaltungsformat und der gewählte Orte sind entscheidend für den Erfolg und den Verlauf der Beteiligung. So werden z. B. die Veranstaltungen bei Volkshochschulen von einer bestimmten Zielgruppe dankbar angenommen, andere Zielgruppen (u. a. Studierende) fühlen sich aber gerade durch die Wahl dieses Veranstaltungsortes und damit verbundenen Assoziationen weniger angesprochen.

Grundlage einer erfolgreichen Beteiligung ist zunächst die allgemein verständliche Vermittlung komplexer Themen. Menschen müssen zu Themen der Stadtentwicklung miteinander ins Gespräch kommen. Das gelingt nur durch einen echten Dialog zwischen Experten, Laien und Bürgern auf Augenhöhe. Eine gute Resonanz ist selbstverständlich immer wünschenswert, kann aber selbst zu einem Problem werden, wenn die hohe Zahl von beteiligten Akteuren und Einzelpersonen einen intensiven Austausch erschwert.

Problematisch gestaltet sich dies bei der Begleitung und Steuerung großer Projekte und längerer Verfahren. Bei diesen werden meist interdisziplinäre Arbeitsgruppen eingesetzt, und oftmals ist keine direkte Vertretung der Bürger vorgesehen. Der Anspruch der Teilhabe und der Integration aller Interessengruppen stellt daher bei umfassenden und langfristigen Projekten eine besondere Herausforderung dar.

Ansprüche an kommunale Informations- und Beteiligungsangebote

Wie kann vor diesem Hintergrund sichergestellt werden, dass verständliche, zielgruppenrechte Informationsangebote im Vorfeld die Akteure und Bürger zu einer Mitwirkung und Beteiligung an der Planung und Gestaltung ihrer Stadt befähigen? Wie kann es gelingen, den Beteiligungsverfahren die nötige Zeit einzuräumen? Wie kann der in Beteiligungsverfahren nötige Perspektivwechsel gelingen? Und wie können Stolpersteine frühzeitig erkannt und / oder beseitigt werden? Es gibt zu diesen Fragen keine universellen Standardantworten oder Musterlösungen. Es bedarf vielmehr einer grundsätzlichen Verankerung von Beteiligung im jeweiligen Planungsprozess. Gleichwohl ermöglicht der durch KoopStadt aktivierte interkommunale Erfahrungsaustausch eine Erweiterung und bessere Reflexion des Spektrums möglicher Antworten und Methoden.

Beteiligung darf nicht als Kür verstanden werden, die erst nach der Pflicht der «eigentlichen» Planung als ergänzendes Instrument zum Einsatz kommt. Beteiligung muss bereits bei den Vorbereitungen und ersten Planungsideen mitgedacht werden und integraler Bestandteil der Planung sein. Das Selbstverständnis der Verwaltung hinsichtlich ihres Einsatzes von Informations- und Beteiligungsprozessen kann nicht verordnet werden, sondern muss kontinuierlich gelernt und gelebt werden. Dazu bedarf es geeigneter Hilfsmittel, wie beispielsweise regelmäßiger Schulungsangebote. Ergänzend kann externe Fachkenntnis umfangreiche Beteiligungsverfahren unterstützen, vermittelnd eingreifen und den Perspektivwechsel zwischen den verschiedenen Ansprüchen und Bedürfnissen erleichtern.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Verantwortlichen in Städten und Kommunen erweist sich als ein hilfreiches Modell, um diesen Lernprozess zu unterstützen und voranzutreiben. KoopStadt bietet dazu eine Plattform und ermöglicht den Austausch in einem Netzwerk auf gleicher Ebene. Durch die Kommunikation über alltägliche Erfahrungen, Erfolge, Misserfolge und Schwierigkeiten bei der Beteiligung von Bürgern in den verschiedenen Bereichen der Stadtentwicklung lassen sich Ideen transferieren oder auch gemeinsame Lösungen finden. Der gegenseitige Austausch gerade auch hinsichtlich bestehender Probleme macht Mut, das Ziel der Erhöhung von Beteiligungsstandards weiter zu verfolgen, und unterstützt die Städte auf ihrem Weg zu bürgerorientierten Kommunen.

PLATZ FÜR IHRE NOTIZEN: